

# Rückkehr zur Kernenergie: Ein Fahrplan für Politik, Industrie und Gesellschaft

› Björn Peters und Rainer Klute

## Der Atomausstieg als strategischer Fehler – und seine Revidierbarkeit

In den zurückliegenden Jahren hat sich die politische Bewertung der Kernenergie erkennbar verschoben. So wird die Abkehr von der Kernenergie inzwischen auch von hochrangigen politischen Akteuren kritisch bewertet. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche spricht sich dafür aus, „wieder auf Kernkrafttechnologien zurückzugreifen.“<sup>1</sup> Reiche hat insbesondere Small Modular Reactors (SMR) im Blick, während sie eine Rückkehr zu den alten Reaktoren ablehnt.<sup>2</sup> EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete die Verringerung des Anteils der Kernenergie in Europa als „strategischen Fehler“.<sup>3</sup> Gleichzeitig betonte Bundeskanzler Friedrich Merz, dass der Atomausstieg in Deutschland politisch beschlossen und „irreversibel“ sei, obwohl er die Bewertung von der Leyens ausdrücklich teile.<sup>4</sup>

Die ökonomischen und klimapolitischen Konsequenzen des Ausstiegs zeigen jedoch, dass die Begründung des „Irreversiblen“ politisch und analytisch stark überzeichnet ist. Die deutlich gestiegenen Energiekosten und die gestiegene Abhängigkeit von Energieimporten sind empirisch nachweisbar. Die systematische Verdrängung der Kernenergie in Deutschland hat dabei als struktureller Eingriff in das Stromangebot – neben weiteren Faktoren – einen preissteigernden Effekt entfaltet. Dabei ist bekannt, dass – ceteris paribus – Kernkraftwerke ein erhebliches Kostensenkungspotenzial am Strommarkt haben, wie Modellrechnungen zeigen.<sup>5</sup> Umgekehrt hat die Grundstoffindustrie nur noch

bis ca. 2030 feste Stromlieferverträge mit niedrigen Energiekosten; müssen diese zu heutigen Konditionen nachverhandelt werden, hat die Grundstoffindustrie keine Bleibeperspektive mehr. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass diese Industrie abwandert und ganze industrielle Wertschöpfungsketten mit sich nimmt.

Vor diesem Hintergrund muss konstatiert werden: Ein schneller Wiedereinstieg in die Kernenergie ist ein zentraler Hebel, um die deutsche Wirtschaft vor dem Verlust industrieller Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren. Wenn der Ausstieg als strategischer Fehler gilt, dann ist die dringende Aufgabe, die politischen und

1 „Reiche stellt Klimaziele für 2050 infrage“, Handelsblatt, 25.03.2026, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/cera-week-reiche-stellt-klimaziele-fuer-2050-infrage/100209606.html>. Zitate: „Ich bin sehr dafür, wieder auf Kernkrafttechnologien zurückzugreifen.“ „Wenn der Klimawandel eine Bedrohung darstellt, und davon sind wir überzeugt, brauchen wir eine CO<sub>2</sub>-freie Grundlast.“

2 „Hinten den Kulissen arbeitet Reiche am Atom-Comeback“; Focus Online; 10.03.2026, [https://www.focus.de/earth/katherina-reiche-plant-deutschlands-rueckkehr-zur-atomkraft\\_7bcb779b-beb7-489d-a305-cb611b62235e.html](https://www.focus.de/earth/katherina-reiche-plant-deutschlands-rueckkehr-zur-atomkraft_7bcb779b-beb7-489d-a305-cb611b62235e.html). Zitate: „Wir sehen uns nicht nur Speicher und erneuerbare Energien an, sondern auch SMRs.“ „Wir werden nicht zu den alten Reaktoren zurückkehren.“

3 Rede von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auf dem Kernenergie-Gipfel am 10.3.2026, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_26\\_581](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_26_581). Zitat: „Während 1990 ein Drittel des europäischen Stroms aus Kernenergie stammte, sind es heute nur noch knapp 15 %. Diese Verringerung des Anteils der Kernenergie war eine bewusste Entscheidung, und ich glaube, dass es für Europa ein strategischer Fehler war, einer zuverlässigen, bezahlbaren Quelle für emissionsarmen Strom den Rücken zu kehren.“

4 Pressekonferenz des Kanzlers und des Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik vom 10.03.2026, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/pressekonferenz-merz-babis-antrittsbesuch-2409954>. Zitat: „Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich sage, dass ich persönlich die Einschätzung von Frau von der Leyen teile. Schlussfolgerungen für Deutschland hat es keine, weil die deutschen Bundesregierungen zuvor entschieden haben, aus der Kernenergie auszusteigen. Der Beschluss ist irreversibel. Ich bedaure das, aber es ist so und wir konzentrieren uns jetzt auf die Energiepolitik, die wir haben, sie zu optimieren.“

5 Jonas Eger, Veronika Grimm et al, Mobilisierung von Erzeugungskapazitäten auf dem deutschen Strommarkt – Kurz- und mittelfristige Preiseffekte, FAU Erlangen-Nürnberg, Kurzstudie vom 7.10.2022, [https://www.wirtschaftstheorie.rw.fau.de/files/2022/10/Kurzstudie\\_Mobilisierung\\_Erzeugungskapazitaeten\\_Preiseffekte\\_2022.pdf](https://www.wirtschaftstheorie.rw.fau.de/files/2022/10/Kurzstudie_Mobilisierung_Erzeugungskapazitaeten_Preiseffekte_2022.pdf). Björn Peters, Der Erhalt von sechs Kernkraftwerken könnte den Großhandelspreis für Strom um die Hälfte absenken, atw 68 (06-2022).



Kernkraftwerk Lubiatowo-Kopalino, Darstellung. Quelle: PEJ.

technischen Arbeitsschritte aufzuzeigen, mit denen ein Wiedereinstieg in die Kernenergie in Deutschland organisiert werden kann.

Ziel dieses Beitrags ist, einen systematischen Katalog jener Handlungsfelder zu skizzieren, die Politik, Verwaltung, Industrie und Gesellschaft adressieren müssen, um eine solche Wiedereinführung machbar zu machen.

### Lernen aus historischen und internationalen Einstiegen

#### Deutschland 1955–1980: Der erste nukleare Aufbruch

Der erste Einstieg Deutschlands in die Kerntechnik lässt sich historisch klar in zwei Phasen gliedern: Die rechtlich-institutionelle Etablierung der zivilen Atomnutzung nach 1955 und die anschließende industrielle Entwicklungs- und Bauphase bis etwa 1980. In der ersten Phase wurde 1955 das Bundesministerium für Atomfragen gegründet, 1956 die Deutsche Atomkommission eingerichtet und 1957 die Internationale Atomenergie Agentur in Wien. 1959 wurde das Atomgesetz (AtG) verabschiedet, das die Genehmigungsstruktur für Kernkraftwerke und nukleare Anlagen festlegte. Im Jahr 1960 ging das Versuchskernkraftwerk Kahl am Main ans Netz; bis Ende der 1970er Jahre wurden die Kernkraftwerksblöcke technisch verfeinert, die später den Großteil der nuklearen Grund- und Mittellast in Deutschland tragen sollten<sup>6</sup>.

In der breiten Öffentlichkeit fiel dieser Kurs zunächst auf ausgesprochen fruchtbaren Boden. Nach Hungerwintern, Kohleknappheit und Stromabschaltungen erschien die Kernenergie als beinahe magische Lösung für ein Grundproblem jeder modernen Gesellschaft: ausreichende, verlässliche und billige Energie.

Zeitgenössische Berichte zeichnen ein Bild regelrechter Atombegeisterung: Zeitungen titelten vom „Atomzeitalter“, Illustrierte malten Städte mit leuchtenden Reaktorkuppeln am Stadtrand und elektrischen Autos, die sich „quasi kostenlos“ betanken ließen. Politiker, Wirtschaftsführer und viele Wissenschaftler überboten sich in optimistischen Szenarien, nach denen in wenigen Jahrzehnten der größte Teil der Stromversorgung atomar sein würde und herkömmliche Kraftwerke nur noch Reservefunktionen hätten<sup>7</sup>.

Aber nicht nur Atombegeisterung trieb den Einstieg in die kommerzielle Kernkraft an. Zahlreiche Lehrstühle und die Kernforschungszentren in Jülich und Karlsruhe wurden eingerichtet. Anekdotischen Berichten von Zeitzeugen zufolge waren Studenten der Kerntechnik besonders beliebte Partygäste auf studentischen Feiern.

#### Internationale Vergleichsfälle: Barakah, Polen und die IAEA

Neben Deutschland bieten insbesondere die Einstiegsstrategien der Vereinigten Arabischen Emirate, Polens und die IAEA-Rahmenwerke für „Newcomer“-Länder wertvolle Orientierungspunkte. Die VAE konnten mit

<sup>6</sup> Wolfgang Stenke, Atomminister Strauß, Deutschlandfunk vom 25.07.2006, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/atomminister-strauss-102.html>.

<sup>7</sup> Anna Veronika Wendland, Kerntechnische Moderne. Atomstädte, nukleare Arbeit und Reaktorsicherheit in Ost- und Westeuropa 1966–2021, Habilitationsschrift, PhilippsUniversität Marburg, 2021.

dem Barakah-Kraftwerk, errichtet durch den südkoreanischen Konzern KEPCO, innerhalb gut einem Jahrzehnt von der politischen Grundsatzentscheidung (2008) bis zur Inbetriebnahme des ersten kommerziellen Reaktors (2020) gelangen. Dabei setzten sie auf ein klares politisches Commitment, auf einen internationalen Generalkontraktor mit schlüsselfertiger Lieferung, gleichzeitig auf eigene Ausbildung von Betreiber- und Regulierungsexpertise und vor allem auf Weltklasse-Projektmanagement.<sup>8</sup>

Polen wiederum plant den Bau seines ersten Kernkraftwerks mit drei AP1000-Blöcken eines US-Konsortiums (Westinghouse/Bechtel) und sieht den ersten Block um 2035/2036 in Betrieb – nach einem Planungszeitraum von etwa zehn Jahren. Entscheidend dabei ist, dass die polnische Regierung bereits im Vorfeld eine politisch breit abgestützte Entscheidung zugunsten der Kernenergie getroffen hatte und die Europäische Union dieses Projekt als Teil der Dekarbonisierungsstrategie unterstützt<sup>9</sup>.

Der IAEA-Milestones-Approach bietet für Länder, die neu in die Kernenergie einsteigen, ein dreistufiges Modell (Milestone 1–3) sowie 19 Infrastrukturthemen, die über einen Zeitraum von 10–15 Jahren abgearbeitet werden sollen. Deutschland als „Oldcomer“, der die Kernenergie bereits ausgebaut und später abgeschaltet hat, muss diese Milestones nicht vollständig neu durchlaufen, aber viele der 19 Themen – von Regulierung, Entsorgung und Sicherheitskultur bis zu Finanzierungs- und Vertragshandwerk – sind direkt übertragbar<sup>10</sup>.

Dies alles lässt sich in einem Satz bündeln: Deutschland muss das Rad nicht neu erfinden; es reicht, die Erfolgsfaktoren der Jahre 1955–1980 zu ergründen und sich daran zu erinnern, wie die politisch/institutionellen Bausteine eines Wiedereinstiegs zu priorisieren sind.

## Rechtliche und regulatorische Voraussetzungen

### Zentrale gesetzliche Änderungen im AtG-Bereich

Der Kern des rechtlichen Wiedereinstiegs ist die Änderung des Atomgesetzes. § 7 AtG formuliert in seiner aktuellen Fassung in Absatz 1 ein Genehmigungsverbot für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität. Diese Regelung ist in der Praxis das zentrale gesetzliche Sperrungselement, das die Rückkehr von Kernkraftwerken in den deutschen Energiemix verhindert.

Um eine Wiedereinführung der Kernenergie zu ermöglichen, muss das Atomgesetz so geändert werden, dass:

- der Gesetzeszweck so neu gefasst wird, dass die Nutzung der Kernenergie wieder als zulässige und legitime Form der Energieversorgung im Rahmen der energiepolitischen Zielsetzungen verankert ist (§ 1 AtG),
- die Kernenergie analog zu § 2 EEG im „übertragenden öffentlichen Interesse“ liegt und der „öffentlichen Gesundheit und Sicherheit“ dient, (dies, um im Genehmigungsrecht eine besondere Priorität zu schaffen),
- das generelle Genehmigungsverbot für Bau und Betrieb neuer Kernkraftwerke entfällt,
- Genehmigungsverfahren strukturell vereinfacht und beschleunigt werden, ohne die kerntechnische Sicherheit zu kompromittieren, etwa durch international abgestimmte Standardisierung, klare Verfahrensfristen und den Einsatz moderner digitaler Werkzeuge zur Effizienzsteigerung, einschließlich KI-gestützter Verfahren,
- die Regeln zu Entsorgung und Rückbau weiterhin im Rahmen des Genehmigungsprozesses vorgegeben werden.

Parallel ist die Frage der Weiterverarbeitung und des Exportverbots abgebrannter Brennelemente zu klären. Das Atomgesetz verbietet seit 2005 den Export abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung aus Reaktoren zur kommerziellen Stromerzeugung ins Ausland. Dieser Ansatz ist im Kontext einer europäischen Kreislauf- und Entsorgungsstrategie zunehmend innovationsfeindlich, insbesondere da es die Entwicklung zukünftiger Technologien zur Abtrennung von Spaltprodukten und der Nutzung von Reststoffen im Wege steht.

### Strahlenschutzrecht und ALARA-Prinzip

Das ALARA-Prinzip („As low as reasonably achievable“) ist im deutschen wie im europäischen Strahlenschutzrecht als Optimierungsprinzip verankert und findet sich sowohl im Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) als auch in der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV). Dort wird verlangt, Dosen unterhalb der Grenzwerte soweit wie vernünftigerweise erreichbar zu senken, unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Aspekte.

In der praktischen Anwendung wird das Prinzip jedoch häufig sehr konservativ ausgelegt. Dabei besteht die Gefahr, dass Maßnahmen ergriffen werden, deren zusätzlicher Beitrag zur Risikoreduktion gering ist, während zugleich erhebliche Kosten oder sogar neue Risiken entstehen.

8 Nucleopedia: Barakah, [https://de.nucleopedia.org/wiki/Kernkraftwerk\\_Barakah](https://de.nucleopedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Barakah).

9 Wieviel wird die Energie aus Polens erstem Kernkraftwerk kosten?, Euronews (Agata Todorow) vom 11.12.2025, <https://de.euronews.com/2025/12/11/polen-kernkraftwerk>.

10 IAEA Milestones Approach, <https://www.iaea.org/topics/infrastructure-development/milestones-approach>.

Besonders deutlich wird dies bei großräumigen Evakuierungsmaßnahmen: Evaluierungen im Zusammenhang mit dem Fukushima-Daiichi-Unglück zeigen, dass die durch Evakuierungen vermiedenen Strahlungsrisiken in vielen Fällen vergleichsweise gering sind. Demgegenüber stehen jedoch erhebliche gesundheitliche und soziale Schäden durch die Evakuierung selbst, etwa durch Stress, Unterbrechung medizinischer Versorgung und erhöhte Mortalität insbesondere bei vulnerablen Gruppen. In solchen Fällen kann die Maßnahme insgesamt mehr Schaden verursachen als verhindern.

Eine Weiterentwicklung der Regulierung sollte daher stärker darauf abzielen, nicht nur isoliert Strahlungsrisiken zu minimieren, sondern im Rahmen einer Gesamtschau die Auswirkungen verschiedener Handlungsoptionen zu vergleichen und Maßnahmen an dem Ziel auszurichten, den insgesamt entstehenden Schaden zu minimieren.

### Standortsuche und Entsorgungsgesetzgebung

Besonders wichtig ist eine Revision des Standortauswahlgesetzes. Dieses fordert derzeit einen Endlagerstandort, der „bestmögliche Sicherheit“ für eine Million Jahre gewährleistet. Der Maßstab der „bestmöglichen Sicherheit“ ist im Gesetz durch Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen sowie geo- und planungswissenschaftliche Abwägungskriterien strukturiert. Letztere erfordern jedoch eine vergleichende Bewertung von Standorten auf Grundlage teilweise prognoseabhängiger und nicht vollständig quantifizierbarer Kriterien.

In Verbindung mit dem gesetzlich angelegten lernenden Verfahren ergibt sich damit kein statisch bestimmbares Optimum, sondern ein dynamischer Bewertungsmaßstab, der sich mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt weiterentwickelt. Dies kann dazu führen,

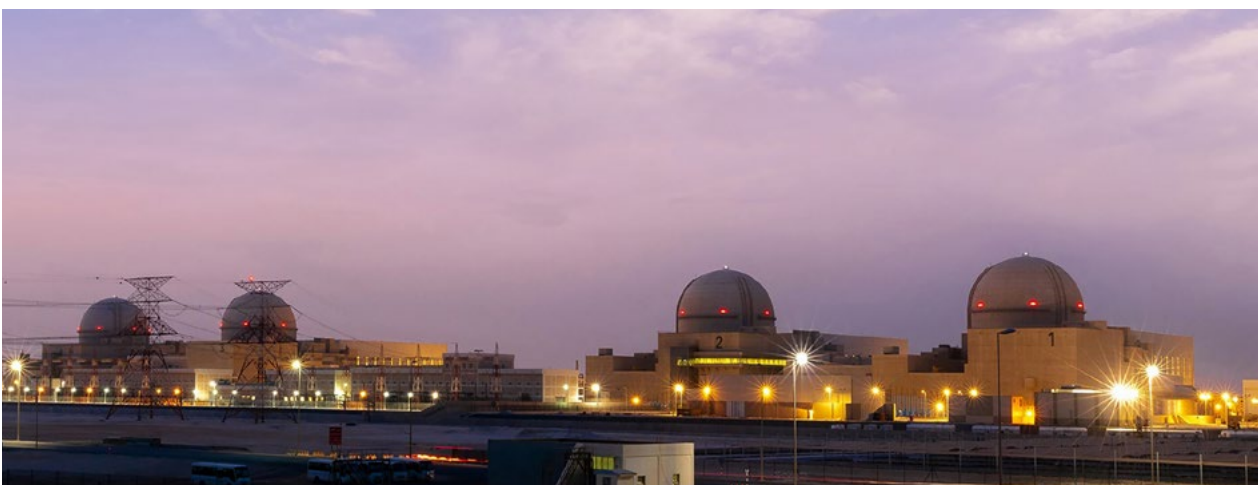
dass sich Anforderungen im Verlauf des Verfahrens verändern und Bewertungen immer wieder neu vorgenommen werden müssen.

Hinzu kommt, dass die Festlegung eines Betrachtungszeitraums von einer Million Jahren nicht eindeutig naturwissenschaftlich begründet ist, sondern eine normative Setzung ist. In der Kombination aus offenem Optimierungsmaßstab und sehr langem Betrachtungszeitraum entsteht so ein Verfahren, das strukturell anfällig für erhebliche Verzögerungen ist. Dies kann den Eindruck erwecken, dass die Anforderungen so ausgestaltet sind, dass eine abschließende Standortfestlegung nur schwer erreichbar ist.

Effizienter wäre demgegenüber ein Ansatz, der auf der Identifikation eines „geeigneten“ Standorts anhand klar definierter und überprüfbarer Kriterien beruht. Während die Suche nach einem „bestmöglichen“ Standort eine vergleichende Bewertung aller in Betracht kommenden Flächen erfordert, erlaubt ein solcher Ansatz potenziell einen frühzeitigen Abschluss des Verfahrens: Der Suchprozess kann beendet werden, sobald ein Standort gefunden ist, der die festgelegten Anforderungen erfüllt.

Festzuhalten ist auch, dass der technische Fortschritt die Anforderungen an ein geologisches Endlager grundlegend verändern kann, insbesondere falls Verfahren zur hochreinen Abtrennung von Spaltprodukten aus abgebrannten Brennelementen entwickelt werden.<sup>11</sup>

Verbunden damit ist es wichtig, Technologien zur Abtrennung von Spaltprodukten aus abgebrannten Brennelementen – etwa in Wiederaufarbeitungs- und Recycling-Prozessen – gezielt zu fördern. Schnelle Reaktoren und geschlossene Brennstoffkreisläufe bieten das Potenzial, die Reichweite nuklearer



Kernkraftwerk Barakah. Quelle: ENEC.

<sup>11</sup> Der Chemieverfahrenstechniker Dominik Böhm hat ein Destillationsverfahren beschrieben, mit dem die elementweise Auftrennung der chlorierten Bestandteile in abgebrannten Brennelementen bewerkstelligt würde: s.a. Dominik Böhm et al., Processing Design for a Pyrochemical Distillative Recovery Alternative in Nuclear Waste Management, IAEA INIS Record VFJFC-5EJ13, <https://inis.iaea.org/records/vfjfc-5ej13>.

Brennstoffe wesentlich zu erhöhen, das Abfallvolumen zu reduzieren und die Anforderungen an ein geologisches Endlager deutlich zu verringern. Auch hier wird deutlich, dass die Forderung nach einem Endlager für einen Zeitraum von einer Million Jahren nicht aus technischen Notwendigkeiten folgt, sondern im Kern lediglich eine normative Festlegung ist.

### „RegTech“ und Modernisierung des kerntechnischen Regelwerks

Am kerntechnischen Regelwerk wird deutlich, dass es politische Entscheidungen sind, die Kerntechnik teuer oder günstig machen<sup>12</sup>. Die USA etwa überarbeiten derzeit ihr kerntechnisches Regelwerk mit Methoden der künstlichen Intelligenz, um redundante, widersprüchliche oder überhöhte Anforderungen zu identifizieren und die Regulierung effizienter und sektorübergreifend zu modernisieren<sup>13</sup>. Deutschland kann sich diesem Ansatz anschließen, indem es alle kerntechnisch relevanten Verordnungen, Technischen Regeln (z. B. KTA-Regeln), behördlichen Leitlinien und Sicherheitskriterien systematisch überarbeitet. Hierfür wären wohl 2–3 Jahre anzusetzen. Dies wäre sogar unabhängig von der politischen Entscheidung, Kernenergie wieder zu erlauben, eine sinnvolle Maßnahme.

### Gesellschaftliche und akademische Rahmenbedingungen

#### Bildung und Forschung

Mit der derzeitigen Generation von Leichtwasserreaktoren wurden technisch sehr ausgereifte Kraftwerke installiert. Die Ausbildung einer hinreichenden Anzahl von Reaktorfahrern und Schichtleitern ist seit dem weitgehenden Abbau entsprechender Ausbildungseinrichtungen in Deutschland eine Herausforderung.

Für einen Wiedereinstieg ist daher der gezielte Neuaufbau von Ausbildungskapazitäten erforderlich. Dazu gehört insbesondere die Einrichtung eines nationalen Simulatorzentrums für Kernkraftwerke, das die spezialisierte Ausbildung von Betriebspersonal dauerhaft sicherstellt. Bis dahin wird es notwendig sein, auf im Ausland vorhandene Ausbildungseinrichtungen und Simulatoren zurückzugreifen und entsprechende Kooperationen aufzubauen.

Soll in Zukunft die Kernenergie auch für weitere Anwendungen wie der Synthetisierung von flüssigen Kraftstoffen und der Bereitstellung von industrieller

Prozesswärme erschlossen werden, werden neue Reaktordesigns erforderlich. Hinzu kommt die Herausforderung der Brennstoff-Reichweite. Soll die Anzahl an Kernreaktoren weltweit auf mehrere Zehntausend erhöht werden, um einen signifikanten Beitrag zur Welt-Energieversorgung zu leisten, müssen Reaktordesigns mit Brütertechnologie entwickelt werden. Diese können strukturell sämtliches Uran verwenden, während existierende Leichtwassertechnologie ca. ein Prozent des Natururans verwendet. Die Reichweite von Uran würde damit um etwa zwei Größenordnungen gestreckt<sup>14</sup>.

Die Entwicklung neuer Reaktordesigns für Hochtemperaturanwendungen (z. B. MSR, Dual Fluid, TRISOHTGR) erfordert Investitionen in Lehre und Forschung. Dazu zählen:

- Neue oder wiedergegründete Lehrstühle für Kerntechnik, Reaktorphysik und Kerntechnische Sicherheit an (Technischen) Universitäten in Deutschland.
- Systematische Forschungsförderung über BMBF, BMBF-geförderte Verbundprojekte und EU-Frameworks (z. B. Gemini- oder EURATOM-Programme) für Kern- und Reaktorforschung.
- Fördermittel für private Kerntechnik-Startups (z. B. in den Bereichen Innovationen zu Reaktordesign, Brennstoffkreislauf, Entsorgung), etwa über die Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND oder vergleichbare Instrumente.

Die USA zeigen hier ein Modell, das auf öffentlich-private Partnerschaften, „risk sharing“ und gezielte Anschubfinanzierung für bewährte und neue Technologien setzt<sup>15</sup>. Deutschland kann diese Erfahrungen nutzen und die eigenen regulatorischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend anpassen. Da gerade die Anfangsphasen neuer Reaktordesigns sehr kapitalintensiv sind, wird es darauf ankommen, das gesellschaftliche Klima für Wagniskapital deutlich zu verbessern.

#### Aufklärung und Medienkultur

Die Berichterstattung zur Kernenergie in deutschen Medien ist vielfach kritisch geprägt. Häufig werden Meinungen von Wissenschaftlern als wissenschaftlicher Konsens dargestellt, technische Details und Sicherheitsstatistiken unausgewogen wiedergegeben und die Risiken der Kernenergie betont, während Kosten- und Klimavorteile häufig unterrepräsentiert bleiben.<sup>1</sup>

12 WELT vom 30.10.2022, Interview mit Jürgen Trittin. Dort sagte er: „Uns war klar, dass wir Atomkraft nicht nur über Protest auf der Straße verhindern können. Daraufhin haben wir in den Regierungen in Niedersachsen und später in Hessen versucht, Atomkraftwerke unrentabel zu machen, indem man die Sicherheitsanforderungen hochschraubt.“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus241838411/Juergen-Trittin-Mit-diesem-Irrsinn-endlich-aufhoeren.html>

13 US NRC, FY26 Artificial Intelligence Strategic Plan, <https://www.nrc.gov/docs/ML2526/ML25269A196.pdf>

14 Björn Peters, The Global Renaissance of Nuclear Energy, atw Vol. 67 (2022) Ausgabe 5 [https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/07/Article\\_atw\\_2022\\_5\\_The\\_Global\\_Renaissance\\_of\\_Nuclear\\_Energy\\_Bjoern\\_Peters.pdf](https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/07/Article_atw_2022_5_The_Global_Renaissance_of_Nuclear_Energy_Bjoern_Peters.pdf)

15 U.S. Department of Energy, \$900 Million Available to Unlock Commercial Deployment of American-Made Small Modular Reactors, 2025-03-24, <https://www.energy.gov/ne/articles/900-million-available-unlock-commercial-deployment-american-made-small-modular-reactors>

Die Autoren haben diese Darstellung in verschiedenen Veröffentlichungen seit Jahren analysiert und kritisch hinterfragt.<sup>16</sup>

Im Rahmen eines Wiedereinstiegs wäre es daher Aufgabe der Politik, eine professionelle, wissenschaftlich fundierte Aufklärung zu organisieren, die jenseits von politischen Oberbegriffen wie „Ja zur Atomkraft“ oder „Nein zur Atomkraft“ arbeitet. Dazu gehören:

- die gezielte Förderung von Bildungs- und Öffentlichkeitsprojekten (z. B. Schul- und Hochschulmaterialien, Bürgerdialoge, Science-City-Aktionen) mit messbaren Lernzielen zur Radioaktivität, zum Risikovergleich mit anderen Energieträgern und zum Verständnis von potenziellen Schadenspfaden im Zusammenhang mit Kerntechnik;
- die Einbindung unabhängiger Fachmedien, wissenschaftlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Akteure, um ein breiteres, differenzierteres Narrativ zu schaffen, das sowohl Risiken als auch Optionen offenlegt;
- die Schaffung von Plattformen, in denen Anti-Atom-Kritik und Pro-Atom-Argumente strukturiert und sachlich diskutiert werden können, etwa in Form konsensorientierter „Energierrunden“ oder öffentlich geförderter Debattenformate.

Ein zentrales Moment ist, dass die Politik selbst die Rolle des „Wissensvermittlers“ übernimmt, statt sie allein den klassischen Medien zu überlassen, die in der Vergangenheit oft eine selektive, emotionsgetriebene Atomberichterstattung betrieben haben. Nur so kann eine Wiederholung der früheren Informationsverzerrungen vermieden werden.

### Fahrplan für den Wiedereinstieg

Ein Wiedereinstieg in die Kernenergie erfordert eine koordinierte Umsetzung mehrerer Maßnahmen, die teilweise parallel verlaufen können.

Zentral ist die politisch-rechtliche Öffnung durch Änderung des Atomgesetzes und Aufhebung des Genehmigungsverbots. Sie ist Voraussetzung für Investitionen und konkrete Projekte.

Parallel dazu sind die Überarbeitung des kerntechnischen Regelwerks, der Ausbau von Kompetenzen in Regulierung, Wissenschaft, Ausbildung und Industrie sowie der Aufbau eines Simulatorzentrums voranzutreiben.

Nach Herstellung der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen kann unmittelbar mit der Instandsetzung bestehender Anlagen begonnen werden. Gleichzeitig sind Planung und Bau neuer Kernkraftwerke zu verfolgen.

### Fazit: Politische und private Akteure im Wiedereinstieg

Der Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernenergie ist technisch, wirtschaftlich und institutionell machbar; entscheidend ist jedoch, dass politische Akteure das Thema als langfristige Energiesystem und

Industriestrategie begreifen und eigenes politisches Kapital investieren. Die Lern und Erfahrungsbasis aus dem ersten Atomeinstieg (1955–1980), aus den internationalen Beispielen (VAE, Polen, IAEA-Milestones) und aus der aktuellen internationalen Regulierungslandschaft (USA, weitere EU-Staaten) bieten eine solide Grundlage, um Schritte zielgerichtet umzusetzen. Damit könnte Deutschland ökonomisch wieder zu den vielen Industrienationen aufschließen, die überwiegend auf Kerntechnik setzen und von deren volkswirtschaftlichen Vorteilen überzeugt sind.

Gleichzeitig signalisieren private Investoren, dass sie bereit sind, bestehende Kernkraftwerksstandorte zu reaktivieren oder an denselben Standorten neue Anlagen zu errichten – sofern die Aussicht besteht, dass die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen klar, stabil und langfristig planbar gestaltet werden. Das bedeutet: Eine rechtliche Legalisierung der Kernkraft in Verbindung mit staatlichen Garantien hierzu ist zentrale Voraussetzung für einen Wiedereinstiegs. Zusätzlich ist das Regulierungssystem zu modernisieren sowie ein verlässliches, positives gesellschaftliches Klima aufzubauen. Ein Wiedereinstieg in die Kernenergie könnte den diese unterstützenden Politikern Wählerstimmen einbringen und, als Fortschrittserzählung positioniert, wieder eine gesellschaftliche Aufbruchstimmung bewirken.

16 Beispiele:

- Rainer Klute, Kosten der Kernkraft: Lazard-Studie führt in die Irre, 2023-05-27, Nuklearia, <https://nuklearia.de/2023/05/27/kosten-der-kernkraft-lazard-studie-fuehrt-in-die-irre/>
- Rainer Klute, Mit Kernkraft wäre der Strom noch billiger, 2023-05-16, Nuklearia, <https://nuklearia.de/2023/05/16/mit-kernkraft-waere-der-strom-noch-billiger/>
- Rainer Klute, Rettete Deutschland Frankreichs Stromversorgung?, 2023-04-10, Nuklearia, <https://nuklearia.de/2023/04/10/rettete-deutschland-frankreichs-stromversorgung/>
- Björn Peters und Hans-Peter Musahl, Kernenergie bewirkt höheren Nutzen als gesellschaftliche Kosten, atw Vol. 66 (2021) Ausgabe 1, [https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/05/Artikel\\_atw\\_D\\_2021-1\\_Kernenergie\\_bewirkt\\_hoeheren\\_Nutzen\\_als\\_gesellschaftliche\\_Kosten\\_Peters\\_Musahl.pdf](https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/05/Artikel_atw_D_2021-1_Kernenergie_bewirkt_hoeheren_Nutzen_als_gesellschaftliche_Kosten_Peters_Musahl.pdf)
- Anna Veronika Wendland und Björn Peters, Das DIW-Papier über die „teure und gefährliche“ Kernenergie auf dem Prüfstand, atw Vol. 64 (2019) Ausgabe 10, [https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/11/atw\\_2019-10\\_Das\\_DIW-Papier\\_ueber\\_die\\_teure\\_und\\_gefaehrliche\\_Kernenergie\\_auf\\_dem\\_Pruefstand\\_wendland\\_peters.pdf](https://kernd.de/wp-content/uploads/2023/11/atw_2019-10_Das_DIW-Papier_ueber_die_teure_und_gefaehrliche_Kernenergie_auf_dem_Pruefstand_wendland_peters.pdf)
- Rainer Klute, Nachgerechnet: Ist der Super-GAU bezahlbar?, 2017-05-13, Nuklearia, <https://nuklearia.de/2017/05/13/nachgerechnet-ist-der-super-gau-bezahlbar/>

## Autoren

**Dr. Björn Peters**

Peters Coll. Beratungs- und Beteiligungs-GmbH  
bp@mail-peterscoll.de

Björn Peters ist in Hirnforschung promovierter Physiker und Energieökonom. Nach beruflichen Stationen bei McKinsey, Deutscher Börse und DWS, der Vermögensverwaltung der Deutschen Bank, wo er als Kraftwerksfinanzierer umfangreiches Wissen über die Ökonomie der Stromerzeugung entwickelte, gründete er im Jahr 2016 das Forschungs- und Beratungsinstitut Peters Coll. Hier berät er Unternehmen und Institutionen strategisch und operativ. Sein besonderer Schwerpunkt ist die Ökonomie von Kernenergie. Zuletzt gründete er die Debattierschule Energiepolitik ([www.peterscoll.de/kurse-coaching/](http://www.peterscoll.de/kurse-coaching/)).

**Rainer Klute**

Nuklearia e. V. (Gründer)  
rainer.klute@nuklearia.de

Rainer Klute ist Diplom-Informatiker und arbeitet als Datenschutz- und Qualitätsmanagementbeauftragter in der IT-Branche. Er gründete 2013 den Verein Nuklearia e. V. (sowie dessen Vorläuferorganisation in der Piratenpartei) und war bis 2025 dessen Vorsitzender. Er engagiert sich für eine faktenbasierte Energiepolitik mit besonderem Fokus auf die Kernenergie. Ein zentrales Anliegen ist ihm, technische und energiewirtschaftliche Zusammenhänge verständlich und allgemein zugänglich darzustellen.

## #StimmenDerKerntechnik

# Ihre Geschichte zählt!

## Die Kerntechnik ist vielfältig. Und sie hat viele Gesichter.

Als Kerntechnische Gesellschaft möchten wir in einem Kampagnenformat die Menschen in den Mittelpunkt stellen, die diese Branche geprägt haben – ob heute noch aktiv oder unlängst im Ruhestand. Mit der Reihe „**Stimmen der Kerntechnik**“ laden wir Sie herzlich ein, Ihre persönliche Geschichte zu erzählen: Was hat Sie geprägt? Was hat Sie motiviert? Welche Herausforderungen haben Sie gemeistert?

## Worum geht es?

Gesucht werden persönliche Portraits von Menschen, die in der Kerntechnik tätig sind oder waren. Die Beiträge erscheinen auf der Website der KTG, in den sozialen Medien sowie auszugsweise in der *atw – International Journal for Nuclear Power*. Ziel ist es, der Branche ein Gesicht zu geben und zu zeigen, wie facettenreich, technisch anspruchsvoll und menschlich nahbar sie ist.

## Was wir benötigen:

- ✦ Eine **Kurzbiografie** (max. **3.000 Zeichen**, inkl. beruflichem Werdegang, prägenden Stationen, Schlüsselerlebnissen)
- ✦ Ein **prägnantes Zitat** (max. **400 Zeichen**), das Ihre Haltung zur Kerntechnik oder Ihre persönliche Motivation auf den Punkt bringt
- ✦ Ein **Profilfoto** in hoher Auflösung (mind. **630 x 945 Pixel**, gerne im Arbeitsumfeld, aber nicht zwingend)
- ✦ Freigabe zur Veröffentlichung auf den KTG-Kanälen (Website, atw, Social Media)

## Als inhaltliche Leitplanke schlagen wir folgende Fragen vor.

Sie **müssen nicht vollständig beantwortet** werden, sollen aber als roter Faden für Sie dienen:

1. Wie hat Ihre berufliche Laufbahn begonnen und welche Entscheidungen oder Ereignisse haben Ihren Karriereweg maßgeblich beeinflusst?
2. Auf welches Projekt oder welche Leistung sind Sie besonders stolz – und warum?
3. Wie haben sich Ihre beruflichen Ziele und Prioritäten im Laufe der Zeit verändert?
4. Was waren dafür die Beweggründe oder Umstände?

## Was ist das Ziel?

Wir möchten zeigen, wie unterschiedlich und inspirierend die Wege in der Kerntechnik sind – jenseits von Arbeitgebermarken oder Unternehmensprofilen. Es geht um Menschen, nicht um Marketing. Um Stimmen, nicht um Slogans.

## Jetzt mitmachen!



Senden Sie Ihre Beiträge gerne per E-Mail an:  
[info@ktg.org](mailto:info@ktg.org)

**Wir freuen uns auf Ihre Geschichte!**